

## „Frühjahrs-PK 2007“

Interview mit Karl-Heinz Boos, Hauptgeschäftsführer VÖB  
Datum 23.04.2007  
Länge 4min25

Fragen von Heinz Horst - [www.audiolink-online.de](http://www.audiolink-online.de)

---

### Interview

Herr Boos, Sie haben die Bilanz 2006 des Bundesverbandes Öffentlicher Banken vorgelegt. Wie fällt diese Bilanz aus ?

**Boos:** *Insgesamt ist die Bilanz unserer ordentlichen Mitgliedsinstitute sehr zufriedenstellend. Wir haben unsere Bilanzsumme im Durchschnitt wieder um 4,4 % erhöhen können. Insgesamt gesehen haben wir unseren Marktanteil, im Verhältnis zu den anderen Banken, auf 27 % verfestigt und gehalten.*

Dank des wirtschaftlichen Aufschwungs soll es ja positiv weitergehen. Wie sehen Sie die Entwicklung 2007 und 2008 ?

**Boos:** *Wir teilen diese Auffassung. Es ist eine erstaunliche Entwicklung. Ende 2006 hat jeder gesagt, wir werden die Mehrwertsteuererhöhungsdelle spüren, diese haben wir nicht so gespürt, wie alle erwartet haben. Im Gegenteil, wir haben eine wirtschaftliche und ökonomische Situation, die im Moment sehr stabil erscheint. Und die durch die Mehrwertsteuererhöhung nicht nachhaltig gelitten hat.*

Ein wichtiges Thema ist die Regelung des eu-weiten Zahlungsverkehrs. Wie weit sind die Richtlinien mittlerweile gediehen ?

**Boos:** *Nach einigen Schwierigkeiten im Ablauf, insbesondere bei der EU-Zahlungsverkehrsrichtlinie, die als rechtlichen Rahmenwerk unabdingbar ist für den europäischen Zahlungsverkehrsraum, hoffen wir, dass jetzt etwas Schwung in die Veranstaltung kommt. Dass ein Kompromiss gefunden wird und dann bis zum 1. November 2009 die EU-Zahlungsverkehrsrichtlinie in nationales Recht umgesetzt werden kann. Und dann kann man diese Instrumente nutzen.*

Es gibt auch eine Schattenseite. Sie halten die Richtlinie, die eine eintägige Laufzeit für Zahlungen garantiert, für problematisch. Warum ?

**Boos:** *Es ist deswegen problematisch, weil wir zwar im Moment im nationalen Zahlungsverkehr eine solche Laufzeit darstellen können. Für den Kunden ist das aber nicht das zentrale Problem, sondern ihm kommt es darauf an, dass es ihm nützt und, dass es kostengünstig ist. Und eine eintägige Laufzeit von Deutschland aus in den letzten Winkel der EU sicherzustellen, ist zwar technisch möglich, würde aber zu erheblichen Kostensteigerungen führen.*

Der Bundesverband Öffentlicher Banken hat sich klar gegen eine zentrale Finanzmarktaufsicht in der EU ausgesprochen, warum ?

**Boos:** *Wir sehen im Moment überhaupt nicht den Ansatz dafür, dass man eine solche Finanzmarktaufsicht schaffen kann. Aufsicht ist Gewerbepolizei - Gewerbeaufsicht ist national ausgerichtet. Eine europäische Exekutivbankenaufsicht würde voraussetzen, dass ich das ganze Rechtssystem der EU darauf abrichte. Das heißt, das Verwaltungsverfahren, die*

*Gerichtsverfahren, die Rechtsbehelfsverfahren und das Insolvenzrecht - und dafür sehen wir im Moment überhaupt keinen Ansatz.*

Das bedeutet, Sie wünschen sich weiterhin eine nationale Aufsicht ?

**Boos:** *Ja, denn die nationale Aufsicht kennt die Banken vor Ort, kennt deren Probleme, kennt deren Strukturen und kennt deren Risiken.*

Ein weiteres Thema ist der Verbraucherschutz. Die EU hat den Verbraucherschutz in den Mittelpunkt ihrer Binnenmarktpolitik gerückt. Sie unterstützen dieses Ziel.

**Boos:** *Das Ziel ist natürlich zu unterstützen. Es geht darum, die nationalen Verbraucherschutzvorschriften enger zu verzahnen, gleichnamiger zu machen. Es kann aber nicht darauf hinauslaufen, dass man auf EU-Ebene hingeht und den Bürger entmündigt. Verbraucherschutz setzt voraus, dass ich das Leitbild eines mündigen, selbstverantwortlichen Bürgers vor Augen habe und mich daran ausrichte.*

Gerade in Zeiten knapper kommunaler Kassen gewinnen öffentlich-private Partnerschaften an Bedeutung. Wie entwickelt sich dieser Bereich ihrer Meinung nach ?

**Boos:** *In Deutschland entwickelt sich ÖPP ganz gut. Es könnte aber etwas besser und schneller gehen. Wir haben noch eine Reihe rechtlicher und verwaltungstechnischer Hindernisse, die beseitigt werden müssen. Insbesondere in der Haushaltsordnung des Bundes aber auch der Kommunen und der Länder. Aber auch bestimmte steuerliche Rahmenbedingungen, die ÖPP-Projekte benachteiligen gegenüber den normalen Beschaffungsprojekten. Aber ansonsten sind wir auf einem guten Weg. Wir fordern Regierung und Politik auf, jetzt das ÖPP-Vereinfachungsgesetz auf den Weg zu bringen und durchzuführen.*